

## **Trump unterstützt Israels Rechte mit Gaza-Plan, Lob von der extremen Rechten**

Trumps umstrittenes Gaza-Plan sorgt für Jubel bei Israels rechter Politik. Der Vorschlag sieht die Umsiedlung von Palästinensern nach Jordanien und Ägypten vor und weckt internationale Besorgnis.

Der US-Präsident Donald Trump hat seine Vorschläge zur „Räumung“ des Gazastreifens durch die Umsiedlung von Palästinensern nach Jordanien und Ägypten verstärkt. Diese Pläne stoßen bei einigen seiner Verbündeten auf Entsetzen, werden jedoch von der extremen Rechten in Israel schnell begrüßt.

### **Trumps umstrittene Vorschläge zur Umsiedlung**

Nachdem Trump am Samstag erstmals den Gedanken äußerte, intensivierte er am Montag seine Argumentation und äußerte zu der Bevölkerung im Gazastreifen: „Ich möchte, dass sie in einem Gebiet leben können, wo es weniger Störungen, Revolutionen und Gewalt gibt.“ Es bleibt unklar, ob eine solche Umsiedlung freiwillig wäre. Die Zwangsumsiedlung von Zivilisten kann in Abhängigkeit vom Kontext als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden, so die Vereinten Nationen.

### **Unterstützung von israelischen Politikern**

Während es vonseiten des Büros des israelischen

Premierministers keine offizielle Stellungnahme gab, wurde die Idee von extrem rechten israelischen Politikern lobend aufgenommen. Der Finanzminister Bezalel Smotrich, der die Partei Religiöses Zionismus leitet, erklärte, Trump habe erkannt, dass Gaza ein „Brutkasten des Terrors“ sei. Er fügte hinzu, dass die Förderung der Migration die einzige langfristige Lösung sei, um Frieden und Sicherheit für die Bewohner Israels zu gewährleisten und das Leiden der arabischen Bewohner Gazas zu lindern.

## **Arabische Reaktionen und Bedenken**

Die Vorstellung von Umsiedlungen, seien diese freiwillig oder nicht, ist für Jordanien und Ägypten erschreckend und könnte für andere arabische Verbündete der USA alarmierend sein. Ayman Safadi, der Außenminister Jordaniens, erklärte: „Jordanien ist für Jordanier, und Palästina ist für Palästinenser.“ Er betonte: „Unserer Ablehnung der Deportation ist unverändert und standhaft.“ Laut Kritikern der Idee könnte eine erneute Umsiedlung die vergangenen Tragödien der Palästinenser, wie die Nakba von 1948, wiederholen, bei der etwa 700.000 Palästinenser aus ihren Heimatorten vertrieben wurden.

## **Stille arabischer Staatsoberhäupter**

Jordanien und Ägypten suchen wahrscheinlich den gemeinsamen Austausch mit ihren Verbündeten im Golf, insbesondere Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, um eine einheitliche Front zu bilden. Bisher haben die Saudis und Emiratis öffentlich zu Trumps Plan geschwiegen. König Abdullah II. von Jordanien äußerte sich nicht zu seinem Telefonat mit Trump. Das jordanische Königshaus veröffentlichte jedoch eine Zusammenfassung seines Gesprächs mit dem neuen Außenminister Marco Rubio, was möglicherweise als Schadensbegrenzung interpretiert werden könnte.

## **Ein ungelöstes Problem für die USA**

Die Probleme in der Region sind komplex. Ägypten, das drittgrößte Empfängerland von US-Hilfen im Nahen Osten, könnte befürchten, dass die Aufnahme von Gazanern das Friedensabkommen mit Israel gefährdet. Für Jordanien, das bereits über eine Million Flüchtlinge aus Nachbarländern sowie etwa 2,4 Millionen registrierte palästinensische Flüchtlinge beherbergt, wäre eine weitere Zuwanderung existenziell riskant. Jordanien ist ein ressourcenarmes Land mit einem Haushaltsdefizit, das stark von ausländischer Hilfe abhängig ist.

## **Die Möglichkeit diplomatischer Verhandlungen**

Trumps Bestrebungen, die Idee einer Umsiedlung voranzutreiben, könnten auch die Aussicht auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien gefährden. Diese Normalisierung, besonders in Verbindung mit dem Ziel eines palästinensischen Staates, ist ein zentraler Aspekt seiner Nahostpolitik. Leere Gaza könnten mit diesen Prioritäten nicht übereinstimmen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Ideen Trumps zur Umsiedlung von Palästinensern komplexe geopolitische Spannungen verstärken und die Stabilität in der Region weiter gefährden könnten.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)**